



IN KOOPERATION MIT

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

COUNTERING POPULISM IN PUBLIC SPACE



HANDREICHUNG ZUR FÖRDERUNG EINER DEMOKRATISCHEN DEBATTENKULTUR

Umgang von Nichtregierungsorganisationen
mit demokratiefeindlichem Populismus
bei öffentlichen Veranstaltungen



1. HINTERGRUND	2
2. PROBLEMBESCHREIBUNG	3
3. CHECKLISTE: UMGANG BEI ÖFFENTLICHEN VERANSTALTUNGEN	5
4. HANDLUNGSOPTIONEN FÜR EINE GELUNGENE DISKUSSIONSVERANSTALTUNG	6
5. ÖFFENTLICHE POSITIONIERUNG	11
6. LEKTÜREEMPFEHLUNGEN	12
7. ÜBER DIE AUTORINNEN IMPRESSUM	13

COUNTERING POPULISM IN PUBLIC SPACE



IN KOOPERATION MIT
AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

HANDREICHUNG ZUR FÖRDERUNG EINER DEMOKRATISCHEN DEBATTENKULTUR

1. HINTERGRUND

Das Progressive Zentrum will unter besonderer Berücksichtigung junger Erwachsener zu einer besseren Vernetzung und Sensibilisierung zum praktischen Umgang mit demokratiefeindlichem Populismus und dessen VertreterInnen in der Öffentlichkeit beitragen. Mit dieser Handreichung, die auf den Erfahrungen von PraktikerInnen und Ehrenamtlichen beruht, werden Herausforderungen identifiziert, Probleme benannt und Lösungen diskutiert. Diese haben keinen allgemeingültigen Anspruch, sondern zeigen unterschiedliche Wege und Entscheidungen auf, die gesammelt, begründet und anhand einer Checkliste ausgearbeitet wurden. Weitere Informationen und hilfreiche Tipps mit Anschauungsmaterialien finden Sie unter: www.countering-populism.de

Das Projekt „Countering Populism in Public Space“ erarbeitete gemeinsam mit ca. 25 VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NROs) diese konkrete Handreichung für einen souveränen und bewussten Umgang mit demokratiefeindlichem Populismus in der Öffentlichkeit. Dieses Projekt ist gefördert durch das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Wir danken darüber hinaus der Amadeu Antonio Stiftung für die inhaltliche Unterstützung.

Zivilgesellschaftliche Organisationen¹ veranstalten häufig öffentliche, politische Debatten. Beispielsweise bricht das Format der Podiumsdiskussion Themenkomplexe auf und beleuchtet diese von unterschiedlichen Seiten. Manchmal

wird eine Fragestellung gemeinsam mit dem Publikum bearbeitet oder die Positionen von Personen des öffentlichen Lebens gegenübergestellt. Ehrenamtlich geplante und durchgeführte Diskussionsabende sowie öffentliche Vorträge zum Beispiel in Vereinen, kleinen Theatern, freien Museen oder Bibliotheken gehören zur politischen Kultur der Zivilgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind Ausdruck von demokratischer Streitkultur und öffentlicher Meinungsbildung in der Praxis.

In den letzten Jahren standen die OrganisatorInnen politischer Diskussionsveranstaltungen vor größeren Herausforderungen, als sie es bislang im deutschen Kontext gewohnt waren. Personen, die bereits bestehende Debattenformate für ihre Selbstinszenierung ausgenutzt und respektvolle Umgangsformen bewusst ignoriert haben, um den gesellschaftlichen Diskurs auf bestimmte Themen zu reduzieren, traten in größerem Maße in die Öffentlichkeit. Menschenfeindliche Aussagen wurden salonfähiger und als Konsens geglaubte Werte und Definitionen wurden relativiert. Falschaussagen, gezielte Provokationen, Verharmlosung von rechtsextremer Gewalt, pauschale Schuldzuweisungen an MigrantInnen und die Verherrlichung der Idee eines „homogenen Volkes“ bedrohen den demokratischen Austausch und bilden den Charakter eines solchen demokratiefeindlichen Populismus. TreiberInnen dieser Entwicklung nennen wir im Folgenden „demokratiefeindliche PopulistInnen“.

1. Unter zivilgesellschaftlichen Organisationen verstehen wir hier u. a. die gesellschaftspolitische Selbstorganisation von oft ehrenamtlich tätigen BürgerInnen, die sich zum Beispiel in gemeinnützigen Vereinen, wie Literatur-, Debattier- oder Umweltvereinen, Interessengruppen zu Geschichte und Politik, oder Hilfswerken und UnterstützerInnengruppen von und für Minderheiten engagieren.

Seither gab es eine Vielzahl von Diskussionsveranstaltungen, die ihr Ziel des kontroversen, aber sachlichen und respektvollen demokratischen Streits klar verfehlten. Demokratiefeindliche PopulistInnen begrüßen die Eskalation der Debatte und setzen sich auch bei einem vorzeitigen Ausschluss von derartigen Veranstaltungen geschickt als „Opfer“, beispielsweise einer angeblich unfairen Behandlung durch JournalistInnen, in Szene.

Nicht selten sind die zivilgesellschaftlichen OrganisatorInnen mit einem ihnen völlig konträren Weltbild konfrontiert. Auf dieses wollen sie, nicht zuletzt aufgrund ihrer Rolle, konstruktiv reagieren. Dabei geht es nicht nur um eine Frage des „Stils der Debatte“ im Sinne einer demokratischen Streitkultur. Ein unwidersprochener demokratie- und menschenfeindlicher Diskurs kann Menschen dazu ermutigen, diesen Gedanken auch Taten folgen zu lassen und physische Gewalt anzuwenden. Eine Bedrohung, die insbesondere Minderhei-

ten oder gefährdete Gruppen betrifft und sich in einem starken Anstieg rechter Gewalttaten, zum Beispiel durch Attacken auf Unterkünfte von Geflüchteten, bemerkbar macht.

Deshalb stehen zivilgesellschaftliche Organisationen einerseits vor der Herausforderung, einen freien Meinungsaustausch und demokratischen Wettstreit zu ermöglichen. Andererseits müssen sie dafür einen Rahmen für demokratische Debatten schaffen, der wehrhaft gegen demokratie- und menschenfeindliche Bewegungen ist. Dabei braucht es einen aktiven statt reaktiven Ansatz im Umgang mit Populismus. Für einen solchen ist diese Handreichung eine Hilfestellung.

2. PROBLEMBESCHREIBUNG

Erster Schritt jeder Problembeseitigung ist die Problemerkennung. Aus diesem Grund haben VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen in der ersten Arbeitsphase des Projekts zunächst Herausforderungen, die sich ihnen im Umgang mit demokratiefeindlichem Populismus stellen, erörtert. Die folgenden Punkte sind eine Zusammenfassung der als am drängendsten benannten Probleme.

1. HERAUSFORDERUNGEN AM ARBEITSPLATZ UND BEI DER DIREKTEN AUSEINANDERSETZUNG

DER UMGANG MIT DEMOKRATIEFEINDLICHEM POPULISMUS IST RESSOURCENINTENSIV UND LANGWIERIG

Der strategische und bewusste Umgang von NROs mit demokratiefeindlichen PopulistInnen kostet zeitliche und personelle Ressourcen, da die Engagierten beispielsweise auf Social Media verstärkt moderieren oder mit Workshops gegen Stammtischparolen sensibilisiert und fortgebildet werden müssen. Dies sollte bei der Arbeitsplanung von zivilgesellschaftlichen Organisationen Berücksichtigung finden. Erfahrungswerte aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus zeigen, dass für langfristig sichtbare und nachhaltige Erfolge auch Ressourcen langfristig investiert werden müssen. Dieser Punkt sollte für NROs bei der Evaluation der eigenen Arbeit eine wichtige Rolle spielen.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN SIND OFT SELBST VON ANFEINDUNGEN BETROFFEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, die beispielsweise in der Integrationsarbeit mit MigrantInnen tätig sind, sind häufig starken Angriffen und Drohungen demokratiefeindlicher PopulistInnen ausgesetzt. Insbesondere KollegInnen mit Migrationsgeschichte in zivilgesellschaftlichen Organisationen werden durch menschenfeindliche Aussagen direkt diskriminiert und haben zum Teil Sorge um die eigene Person. Einige berichten, dass der nötige emotionale Abstand zum politisch diskutierten Thema auf Veranstaltungen dadurch erschwert wird (siehe Lösungsansätze in der **Checkliste** unter: „1. Vorbereitung“ sowie im Kapitel zur **öffentlichen Positionierung** und Solidarisierung mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen).

DIE ENTSCHEIDUNG FÜR ODER GEGEN DEN DIALOG IST SITUATIONSABHÄNGIG

Bei der Frage, ob und mit welcher Begründung ein Dialog im Vorhinein ausgeschlossen, oder während der Veranstaltung gar abgebrochen werden kann, herrscht große Unsicherheit. Einerseits sollten NROs berücksichtigen, dass zum Beispiel rechtspopulistische Gruppierungen bundesweit eine gewisse Anzahl an Menschen in der Bevölkerung repräsentieren. Andererseits überschreiten auffallend viele AnhängerInnen

dieser Gruppierung „rote Linien“, indem sie Grundrechte in Frage stellen. Für viele Engagierte macht dies den offenen Dialog unmöglich, da die gemeinsame Basis an Grundwerten fehlt, um eine konstruktive Debatte zu führen.

2. DIE HERAUSFORDERUNG DURCH GEISTESHALTUNG, SPRACHE UND REAKTIONEN VON DEMOKRATIEFEINDLICHEN POPULISTINNEN

THEMEN SETZEN UND EINHALTEN, SPRACHE SELBST BESTIMMEN

In der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen PopulistInnen fällt es schwer, den selbst gewählten thematischen Fokus zu bewahren und die eigene Sprache weiterhin reflektiert einzusetzen (d. h. nicht selbst in eine respektlose Sprache zu verfallen). Aufgrund von systematischen Provokationen, Falschaussagen und einer penetrant aufgedrückten Monothematik, zum Beispiel „Flüchtlinge“, ist es für die Moderation und die MitdiskutantInnen schwierig, eine populistische Umdeutung oder gar Dominierung der Sprache abzuwehren (wenn zum Beispiel von einer angeblichen „Messereinwanderung“² die Rede ist). Provokationen und Umdeutungen bringen die MitdiskutantInnen oder die Moderation oftmals dazu, dass auch sie sich auf das absichtlich neu gesetzte Thema fokussieren und zulassen, dass verletzende oder irreführend instrumentalisierte Begriffe immer wieder fallen. Deshalb sollte die eigene Wortwahl und Sprache auch im eigenen KollegInnenkreis reflektiert werden, um zu verhindern, dass demokratiefeindliche Begriffe übernommen werden.

MIT DER INSZENIERUNG ALS OPFER SOUVERÄN UMGEHEN

Von der Ausladung über die Sitz- und Sprachregelung bis hin zur Häufigkeit und Länge der Redebeiträge: die Opferrolle wird oft von demokratiefeindlichen PopulistInnen eingenommen. Lautstark beklagen sie, dass sie im Vergleich zu den Anderen benachteiligt würden. Obgleich diese Wahrnehmung oftmals nicht begründet ist, fällt es denen, die mit den Vorwürfen konfrontiert sind, häufig schwer, die Instrumentalisierung des vermeintlichen Opferstatus souverän offenzulegen.

POLARISIERUNG DES DIALOGS VERMEIDEN

Im Meinungsstreit mit PopulistInnen lassen sich Dritte nur schwierig überzeugen, wenn der eigene Ton als besserwisserisch oder „moralisch erhaben“ wahrgenommen wird. Das ausgrenzende Denkmuster „Wir und die Anderen“ sollte nicht auch von demokratischer Seite übernommen werden. Durch „Ich“-Botschaften kann eine weitere Polarisierung und verbale Eskalation, wie sie durch demokratiefeindliche PopulistInnen selber gerne vorangetrieben wird, vermieden werden. Im Umgang mit Provokation und Überspitzung bzw. irreführenden Vereinfachungen von Sachverhalten und vereinfachenden Argumentationen ist es schwer, selbst nicht in das gleiche Muster zu verfallen. Allerdings reicht eine faktenbasierte Argumentation oft nicht aus, um Menschen zu überzeugen und für „die eigene Sache“ zu gewinnen. Für eine erfolgreiche Ansprache muss auch Empathie geschaffen werden, zum Beispiel durch das Nachempfinden anderer Sichtweisen und Lebenswege, die Betonung von Gemeinsamkeiten und dem Teilen von Erfahrungsberichten.

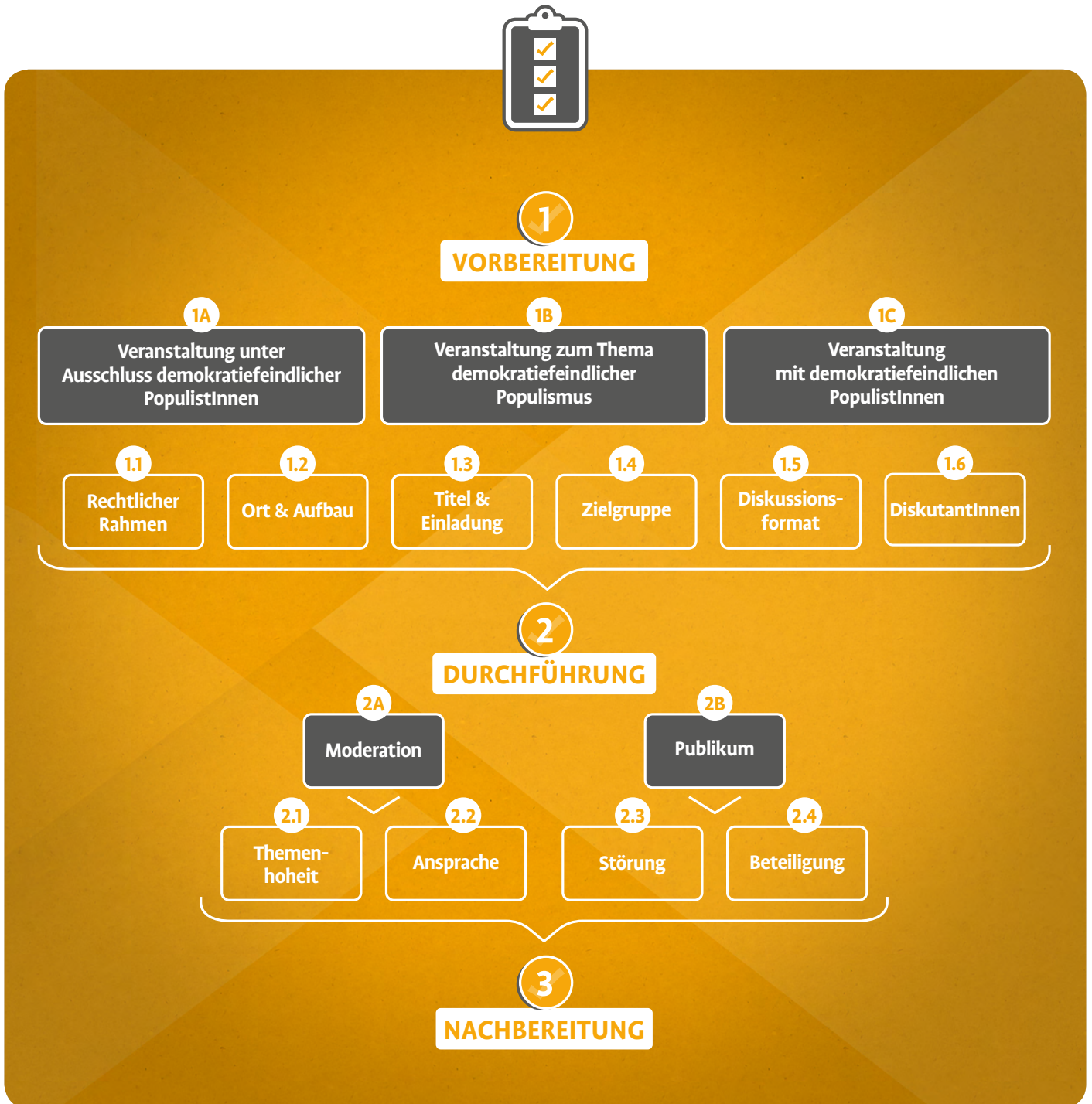


2. „Messereinwanderung“ ist ein propagandistischer Begriff, der von einigen Boulevard-Medien (»Messer-Angst!«) aufgenommen wurde. Für die Behauptung, Gewalttaten von MigrantInnen mit Messern seien bundesweit stark angestiegen, gibt es keine seriösen statistischen Belege. Vgl.: „Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen“.

3. CHECKLISTE

UMGANG BEI ÖFFENTLICHEN VERANSTALTUNGEN

Die folgende Grafik setzt die genannten Herausforderungen für die Planung und Durchführung öffentlicher Diskussionsveranstaltungen in einen chronologischen Zusammenhang. Erläuterungen und Handlungsoptionen sind anhand der Nummerierung auf den darauf folgenden Seiten zu finden.



4. HANDLUNGSOPTIONEN FÜR EINE GELUNGENE DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

1. VORBEREITUNG

1A. VERANSTALTUNG UNTER AUSSCHLUSS DEMOKRATIEFEINDLICHER POPULISTINNEN

Einige zivilgesellschaftliche Organisationen schließen die Einladung und Beteiligung von demokratiefeindlichen PopulistInnen an öffentlichen Diskussionen prinzipiell aus. Liegt eine solche Position vor, ist es ratsam, diese grundsätzlich **begründet und öffentlich** zu kommunizieren. Damit kann professionell und souverän auf kritische Nachfragen reagiert werden. Die nachträgliche Ausladung eines bereits geladenen Gastes – meist als Resultat von öffentlichem Druck – wirkt unsouverän und sollte deshalb vermieden werden. Ein häufig genannter Grund für die generelle Gesprächsablehnung ist die Unvereinbarkeit mit Vereinsregeln und demokratischen Grundsätzen, welche sich explizit gegen jede Form von Diskriminierung aussprechen. Während des Workshops erklärte eine Vertreterin der Zivilgesellschaft, dass sie darüber hinaus als Begründung empfehle, „*dass PopulistInnen über Sichtbarkeit, Lautstärke und Provokation funktionieren; nicht Dialog – dem [müsse] nicht zusätzlich eine Bühne geboten werden.*“

„ES MUSS TROTZ ALLER VERSUCHE DES „ARGUMENTATIVEN STELLENS“ VON POPULISTISCHEN DEMOKRATIEFEINDEN IMMER NOCH RÄUME GEBEN, IN DENEN SICH DEMOKRATINNEN GESCHÜTZT AUSTAUSCHEN KÖNNEN.“

Manche Organisationen wiederum, die speziell mit marginalisierten Gruppen zusammenarbeiten, lehnen die Teilnahme von demokratiefeindlichen PopulistInnen ab, um den Schutz der von der Diskriminierung Betroffenen sicherzustellen: „*Der Schutz von Betroffenen ist immer wichtiger als die Abbildung aller politischen Positionen*“. Es gilt zu beachten, dass selbst unter Ausschluss demokratiefeindlicher Podiumsgäste dennoch diese Positionen im Publikum vertreten sein können. Somit sollte die Moderation im Falle von Wortmeldungen dennoch auch auf populistische Rhetorik und Inhalte vorbereitet sein (siehe **2A**).

1B. VERANSTALTUNG ZUM THEMA DEMOKRATIEFEINDLICHER POPULISMUS

Eine gelungene Veranstaltung zum Thema Populismus muss keine VertreterInnen von populistischen Inhalten auf dem Podium haben. Ausschlaggebend ist eine differenzierte Betrachtung des Themas, ein Einbezug verschiedener Perspektiven (zum Beispiel historisch, soziologisch, medial etc.) sowie die Diskussion darüber, was einer Entfremdung von demokratischen Grundsätzen entgegnet werden kann. Es gilt zu beachten, dass es unterschiedliche Formen und Definitionen des Phänomens Populismus gibt und es zu Beginn einer Veranstaltung sinnvoll sein kann, zunächst ein gemeinsames Verständnis zu schaffen. Darüber hinaus werden Personen, die selbst von Diskriminierung betroffen sind, allzu häufig nicht eingebunden. EinE VertreterIn der Zivilgesellschaft erklärte: „*Von oberster Priorität bei allen Anstrengungen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollte die Einbindung und Stärkung der betroffenen Gruppen sein, gleichzeitig aber auch deren Schutz.*“ Mangelndes Fachwissen wurde ebenso als Problem erkannt und thematisiert: „*In kontrovers diskutierten Themenfeldern ist es notwendig, in der Breite der zivilgesellschaftlichen Organisationen Fachwissen aufzubauen, um selbst nicht auf „Stammtisch-Niveau“ über komplexe Themen zu diskutieren.*“

1C. VERANSTALTUNG MIT DEMOKRATIEFEINDLICHEN POPULISTINNEN

Die argumentative Auseinandersetzung mit PopulistInnen sollte so geführt werden, dass die Moderation selbstbewusst das Gesprächsthema setzen kann, während die Teilnehmenden der Diskussion gleichermaßen die Möglichkeit bekommen, ihre Positionen, Ideen und politischen Maßnahmen vorzustellen und zu diskutieren. Bei der Auswahl der DiskutantInnen sollte deshalb darauf geachtet werden, dass von populistischen Gruppen nur VertreterInnen eingeladen werden, die glaubhaft Dialogbereitschaft signalisieren. Essentielle Voraussetzungen sind, dass diese sich auf einen argumentativen Austausch einlassen und dass sie dabei ohne menschen- und verfassungsfeindliche Äußerungen diskutieren. Wenn bestimmte Aussagen nicht eindeutig als diskriminierend identifiziert werden können, sondern lediglich ein Unwohlsein hervorrufen, sollte die Ablehnung durch MitdiskutantInnen oder spätestens die Moderation mit „Ich“-Botschaften geäußert werden. Als Faustregel für die Entscheidung empfiehlt einE VertreterIn der Zivilgesell-

schaft: „Man sollte dann mit PopulistInnen sprechen, wenn man als Organisator selbst die Kontrolle über den Rahmen und Ablauf der Veranstaltung hat.“ Der Moderation kommt also die wichtigste Rolle bei der Durchführung einer gelungenen Veranstaltung und besonders bei der Vermeidung dessen zu, dass eingeladene PopulistInnen die Veranstaltung als „alleinige Bühne für sich“ nutzen (siehe 2A.). Im Szenario, dass die demokratiefeindlichen PopulistInnen selbst zu einer eigenen Veranstaltung einladen, sollte eine solche Einladung, wenn überhaupt, nur nach weitreichender inhaltlicher und rhetorischer Vorbereitung (ggf. unter Hilfestellung von Fach- und KommunikationsexpertInnen) wahrgenommen werden. Hierbei sollte sehr kritisch überprüft werden, inwiefern eine Teilnahme sinnvoll ist und man nicht als „Feigenblatt“ für einen demokratischen Anstrich der demokratiefeindlichen PopulistInnen benutzt wird.

Das Format der Veranstaltung spielt ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, ob VertreterInnen populistischer Gruppierungen eingeladen werden sollen oder nicht. Alternativ zu Podiumsdiskussionen können Veranstaltungen auch dem direkten Meinungs austausch unter BürgerInnen dienen. Bei BürgerInnendialogen können verschiedene Perspektiven eingebracht werden, während politische RepräsentantInnen in erster Linie zuhören und ggf. nur auf die vorgebrachten Punkte der BürgerInnen reagieren. „Eine konstruktive argumentative Auseinandersetzung kommt nur zustande, wenn evidenzbasiert diskutiert wird: Es muss Positionen, Programme, Beschlüsse geben, die gegenübergestellt werden können.“

1.

1.1 RECHTLICHER RAHMEN

Im Vorfeld sollten sich die Veranstaltenden darüber informieren, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen sind und das Hausrecht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) konkret angewendet werden kann. Diese Absprachen sollten zur Sicherheit aller beteiligten Parteien schriftlich festgehalten werden. Fragen wie zum Beispiel „Gibt es eine Ausschlussklausel für Personen, welche durch rassistische oder sexistische Äußerungen auffallen?“ sollten im Vorhinein beantwortet werden. Eine Ausschlussklausel gibt es als Vorlage³ im Internet und sollte gut sichtbar am Eingang angebracht werden. Ob fotografiert und gefilmt werden darf, sollte ebenso klar beschlossen und bekannt gemacht werden.

1.2 ORT & AUFBAU

Der Veranstaltungsort, ob öffentlich oder privat, prägt den Charakter der Veranstaltung genau so wie die rechtlichen Rahmenbedingungen. So ist ein inklusiver Ort gut erreichbar und barrierefrei. Die physische Erhö-

hung der DiskutantInnen durch eine Bühne sorgt meist für eine größere Distanz zwischen der Zuhörerschaft und den Sprechenden. Ein Podest kann populistische Motive wie „Die da oben – und wir hier unten“ verstärken. Ein Feedback-Kasten am Ausgang gibt dem Publikum zusätzlich zur direkten Ansprache auch die Möglichkeit einer stillen Rückmeldung. Online-ZuschauerInnen können zum Beispiel durch das Kommentarfeld eines Livestreams ebenso in Interaktion treten. Hierfür bedarf es einer Moderation und einer engen Betreuung durch geschultes Social-Media- und Kommunikationspersonal.

1.3 TITEL & EINLADUNG

Auch bei der Auswahl des Veranstaltungstitels und der dazugehörigen Informationen muss auf die Formulierung der Themensetzung bzw. die verwendeten Begriffe geachtet werden. Hier sollten keine klar von demokratiefeindlichen PopulistInnen geprägten Begriffe übernommen werden. Dies betrifft beispielsweise Begriffe wie „Lügenpresse“⁴ oder „Flüchtlingswelle“⁵. Es lohnt sich außerdem, das the-

3. Folgender Satz wurde von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) gemeinsam mit dem Kulturbüro Sachsen und AnwältInnen formuliert: *Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.*

4. „Lügenpresse“ ist ein politisches Schlagwort zur Diffamierung der Medien. Ab den 2000er Jahren nutzten es vor allem Neonazis und Rechtsextreme. Dahinter steht die Verschwörungstheorie, dass in den Medien, vermeintlich planmäßig und gesteuert, Desinformation betrieben würde. Vgl.: „Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen“.

5. „Flüchtlingswelle“ ist eine Metapher in der aktuellen Berichterstattung, mit denen die Einreise von Geflüchteten beschrieben wird. Sie vermittelt das Bild eines Naturphänomens, welches suggeriert, dass die Politik machtlos einer Naturgewalt ausgesetzt ist und weist damit den Schutzsuchenden selbst die Verantwortung für asylpolitische oder strukturelle Probleme bei ihrer Aufnahme in Deutschland zu. Angemessener wäre es, zum Beispiel eine konkrete Zahl zu nennen, ggf. Vergleiche anzustellen, von Fluchtmigration oder Zuzug zu sprechen. Vgl.: „Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen“.

matische Ziel der Veranstaltung und der Diskussion klar herauszustellen. Auch wenn reißerische Veranstaltungstitel zu größerer Aufmerksamkeit führen könnten, sollten sie vermieden werden, da sie von Anfang an eine aufgeheizte Stimmung erzeugen können, die dem konstruktiven Austausch im Wege steht.

„WIR MÜSSEN EINE SPRACHE FINDEN, DIE NICHT POLARISIERT.“

1.4 ZIELGRUPPE

Durch das Verteilen von Flyern in der Kirche erreicht man tendenziell andere Menschen als über die Online-Werbung auf Facebook. Ist es das Ziel, ein möglichst breites Publikum einzuladen, divers in Alter, Berufsgruppen, Herkunft und politischer Verortung oder ist die Veranstaltung auf eine ganz bestimmte Bevölkerungsgruppe ausgerichtet (zum Beispiel jugendliche Engagierte)? Wenn man PopulistInnen einlädt, sollte man sich überlegen, wie homogen oder divers das Publikum sein soll und wie viel Zeit dem Publikum für Fragen überlassen werden soll, da bei einer großen Polarisierung innerhalb des Publikums möglicherweise größerer Redebedarf besteht und die Diskussion auch schwieriger zu moderieren sein wird. Bei dem Wunsch, sowohl SympathisantInnen von demokratiefeindlichen Strömungen als auch deren GegnerInnen im Publikum zusammenzubringen, braucht es eine möglichst sachliche Themenansprache, Vehemenz bei dem Ziel sich gegenseitig zuzuhören und einen neutralen, öffentlichen Ort der Begegnung (siehe 1.2 und 1.3).

1.5 DISKUSSIONSFORMAT

Für eine inklusive und konstruktive Auseinandersetzung mit PopulistInnen empfiehlt es sich oftmals, auf Formate jenseits der klassischen Podiumsdiskussion zu setzen. Eine Möglichkeit ist es, mehrere kleinere Gesprächsrunden an Tischen zu eröffnen. In diesen Kleingruppen kann direkter und persönlicher diskutiert werden (**World-Café-Methode**). Bei BürgerInnen-dialogen kann die Veranstaltung so zum Beispiel nach verschiedenen Themenblöcken strukturiert werden. Bei Begegnungs- und Dialogformaten steht das Zuhören im Vordergrund. Ein Anheizen der Stimmung durch populistische Argumentation kann möglicherweise dadurch verhindert werden, dass die Debatte in Klein-

gruppen stattfindet und dort die unmittelbare und direkte Gesprächssituation mäßigend wirkt. Das Format „**Fishbowl**“ bietet auf der einen Seite die Möglichkeit der direkten Publikumsteilnahme, kann jedoch auf manche einschüchternd wirken und jene privilegieren, die ohnehin häufig vor einem Publikum sprechen. Ein **Impulsvortrag** zu Beginn der Veranstaltung kann mit Definitionen und strukturierendem Wissen die Debatte thematisch einhegen und dabei helfen, der darauffolgenden Diskussion eine fruchtbare Grundlage zu geben.

„ICH ERLEBE ES IMMER WIEDER, DASS SICH ORGANISATIONEN, DIE PODIUMSDISKUSSIONEN VERANSTALTEN, NICHT ORDENTLICH VORBEREITEN UND SICH NICHT ÜBER DIE GÄSTE IM VORHINEIN ERKUNDIGEN.“

1.6 DISKUTANTINNEN

Die MitdiskutantInnen sollten sich rhetorisch sowie politisch und funktional auf Augenhöhe befinden. Grundsätzlich gilt es, nur DiskutantInnen einzuladen, die nachweislich selbst etwas zum Thema beizutragen haben bzw. über Fachwissen verfügen oder in deren politischen Verantwortungsbereich das Thema liegt. Bei der Einladung von PopulistInnen gilt außerdem: Eine gründliche Recherche vor der Kontaktaufnahme muss klären, ob die Person dem extremistischen Spektrum angehört. Auch kann es sinnvoll sein, sich bei den Veranstaltenden vergangener Diskussionen zu informieren, ob sich der Gast auf einen argumentativen Austausch eingelassen hat. Grundsätzlich sind emotionale DiskutantInnen nichts Negatives, jedoch sollte bei der Zusammensetzung eines Podiums darauf geachtet werden, die Eskalation nicht zu forcieren. Eine ausgewogen konzipierte Diskussionsveranstaltung bildet nicht nur politische Meinungsvielfalt ab, sondern ebenso unterschiedlich betroffene Lebensrealitäten (je nach Diskussionsthema Alter, Geschlecht, sozioökonomische Lage, sexuelle Orientierung, Migrationsgeschichte, etc.).

2. DURCHFÜHRUNG

2A. MODERATION

Die Moderation muss Diskussionstaktiken durchschauen und darf keine Dominanz zulassen: Zu einer guten Moderation gehört es, sich vorher bezüglich der Hintergründe, Taktiken und Narrative aller Diskussionsteilnehmenden zu informieren und diesen nicht die Diskussion gänzlich zu überlassen. Dabei helfen ein paar Überlegungen: Klar verkündete Regeln für alle Teilnehmenden vermeiden, dass sich demokratiefeindliche PopulistInnen allzu leicht als Opfer stilisieren können. Diese Spielregeln müssen freundlich, aber doch streng von der Moderation eingehalten werden. Ein Gesprächssetting, in dem die Situation „Alle gegen Einen“ entsteht, sollte vermieden werden – zum Beispiel indem die Positionen zu einzelnen Politikfeldern mit anderen AkteurInnen isoliert verglichen werden. Durch Verweise darauf, dass manche Positionen bereits von anderen Parteien geäußert wurden und somit nichts „Neues“ sind, kann der „Sonderstatus“, den sich PopulistInnen gerne selbst geben, aufgebrochen werden.

Es braucht rhetorische Qualifikation und inhaltliche Expertise der Moderation: Inhaltliche Briefings zum Thema und den MitdiskutantInnen sollten der Moderation und den Podiumsgästen frühzeitig vor der Veranstaltung bereitgestellt werden. Bei der Auswahl der Moderation sollte darauf geachtet werden, dass die Person vor allem gut moderieren kann – die fachliche Expertise ist zweitrangig. Die Fähigkeit der Moderation, ein faires und interessantes Gespräch leiten zu können, ist demnach noch wichtiger als umfangreiches Wissen zum diskutierten Thema. Daher sollte von Automatismen wie zum Beispiel „der/die Vorsitzende moderiert“ abgesehen werden.

Die Vorbereitungsphase ist unabdingbar: Es gilt vorab zu klären, welche Art des argumentativen Austauschs stattfinden soll, welches Format und welchen Ablauf die Veranstaltung haben wird. Werden Publikumsfragen zwischendurch oder zum Schluss berücksichtigt und können sie schriftlich oder mündlich geäußert werden? Sind die Biographien der SprecherInnen bekannt? Der Hinweis durch die Moderation auf ausgewogene Redeanteile der Gäste ist ebenso wichtig. Ist klar, was von Seiten der Moderation im Falle von Dauer-RednerInnen, Falschaussagen oder Selbstinszenie-

rung eingeplant ist? Auch eine Absprache zum Kennenlernen zwischen der Moderation und den Gesprächsteilnehmenden ist ratsam.

Klare Kommunikationsregeln sind notwendig: Vor Beginn der Diskussion sollten auch dem Publikum klare Regeln kommuniziert werden, die für alle gelten; zum Beispiel, dass man sich aussprechen lässt, oder Beleidigungen zu unterlassen sind. Die Moderation hat immer das Steuer der Kommunikation in der Hand und sollte es niemals abgeben.

2.1 THEMENHOHEIT

Eine klassische Aufgabe der Moderation ist die Ausrichtung des Gesprächs auf ein vorher festgelegtes Diskussionsthema. Sofern einE DiskutantIn von diesem Thema bewusst oder unbewusst abschweift, muss hier entweder direkt interveniert werden oder das Wort an einen anderen Diskussionsteilnehmenden übergeben werden. Hierbei hilft es, wenn die Moderation die Positionen der Teilnehmenden kennt. DiskutantInnen sollten die Möglichkeit erhalten zu erläutern, weshalb in ihren Augen das eine Thema mit dem anderen zusammenhängt. Falls das nicht deutlich wird, sollte die Moderation sie bitten, bei dem vereinbarten Thema zu bleiben. Das Publikum honoriert es meist, wenn die Moderation bei ausgewichenen Fragen beharrlich nachhakt.

2.2 ANSPRACHE

Eine gelungene Moderation spricht souverän und immer dann, wenn sie es für richtig erachtet. Sie kann unterbrechen, abbrechen, nachfragen, antworten, ablehnen, Fragen weitergeben und das Publikum einbinden. Sie sollte alle Diskussionsteilnehmenden gleichermaßen höflich und direkt ansprechen (zum Beispiel nicht die Eine duzen, den Anderen siezen), für Verständlichkeit sorgen (zum Beispiel nachfragen, wenn eine Meinung oder ein Begriff nicht klar wurde), Zusammenfassungen anbieten (zum Beispiel zur Halbzeit und zum Schluss Bilanz ziehen und die Positionen in eigenen Worten darstellen) und unbedingt darauf achten, dass die Diskussion nicht nur bei der Problembeschreibung bleibt, sondern auch die Lösungsfindung mit einbezieht. OrganisatorInnen können unterstützen, in dem sie die Zeit im Blick behalten und der Moderation Zeichen geben sowie möglicherweise auch Publikumsfragen auf Zetteln einsammeln und weiterreichen.

2B. PUBLIKUM

Das Publikum trägt maßgeblich zu der Stimmung im Raum bei. Laute Reaktionen, Nachfragen, Applaus oder Buh-Rufe können das Klima einer ganzen Debatte beeinflussen. Nicht zu vergessen sind ebenso die ZuschauerInnen im Internet im Falle eines Livestreamings. Ein respektvolles Verhalten kann von allen ZuschauerInnen erwartet, jedoch nicht immer angenommen werden. StörerInnen (2.3) gilt es rasch und ruhig zu erkennen, alle Anderen zu beteiligen (2.4).

2.3 STÖRUNGEN

Störungen können Zwischenrufe, hämisches Gelächter, verbotenes Filmen und Fotografieren oder Sprechchöre sein. Auch physische Störungen sind bei öffentlichen Veranstaltungen möglich, wenn zum Beispiel die Bühne gestürmt wird. Für diese Fälle kann ein Sicherheitskonzept oder die vorherige Veranstaltungsankündigung bei der Polizei präventiv helfen. Der häufigste Störungsfall ist jedoch verbaler Art.

Bei Störungen aus dem Publikum kann die Situation zum Beispiel dadurch entschärft werden, dass die StörerInnen aufgefordert werden, ihren „Standpunkt“ argumentativ darzulegen. Eine solche Vorgehensweise scheint unüblich, zeigt aber auf, dass es bei Provokationen von Podiumsteilnehmenden oder aus dem Publikum keine „goldene Regel“ gibt. Während es in manchen Fällen ratsam ist, nicht auf verbale oder körperliche Provokationen einzugehen, empfiehlt es sich in anderen Situationen, diese offensiv anzusprechen. Auf jeden Fall sollte bei klar abwertenden, rassistischen und menschenfeindlichen Aussagen deutlich widersprochen werden, um nicht schweigend vermeintliche Zustimmung zu signalisieren.

Während der Veranstaltung sollte das Mikrofon, und somit die Hoheit über die Lautstärke und Länge von Beiträgen, niemals aus der Hand gegeben werden. Es empfiehlt sich, StörerInnen früh zu ermahnen, um die Hemmschwelle für Störungen im weiteren Verlauf der Veranstaltung hoch zu halten. Bei massiven Störungen empfiehlt es sich, kurz innezuhalten und zu pausieren, gemeinsam die Lage einzuordnen und dann eine Entscheidung zu treffen. Dabei sollte auch die Möglichkeit berücksichtigt werden, dynamisch von dem bisherigen Rahmen der Veranstaltung abzuweichen. Mit Hinweis auf die zu Beginn für alle festgelegten Kommunikationsregeln lässt sich auch der Ausschluss eines Störers / einer Störerin von der Veranstaltung gut begründen.

2.4 BETEILIGUNG

Bei der Beteiligung des Publikums am Mikrofon bietet es sich an, die Mikrofone exponiert in den Gängen zu positionieren. Wer zum Mikrofon gehen muss, steht dort als einzelner BürgerIn, ist sichtbar und folglich oftmals gemäßiger im Umgang. Aus pragmatischen Gründen empfiehlt sich während der Veranstaltung ein enger Kontakt zur Tontechnik, um ggf. strafbare oder menschenfeindliche Äußerungen technisch (durch Stummschaltung) zu unterbinden. Beteiligung ist wichtig, ob auf dem Podium, per Mikrofon, Stift und Zettel oder im Internet via Hashtag oder Kommentarspalte. BürgerInnen kommen häufig nicht nur, um zu empfangen, sondern auch um zu senden. Nach besonders hitzigen politischen Diskussionen lohnt es sich, Raum und Zeit für einen Meinungsaustausch danach anzubieten, zum Beispiel im Rahmen von kurzen Gesprächen an Stehtischen oder mittels einer Box für schriftliche Rückmeldungen.

2.

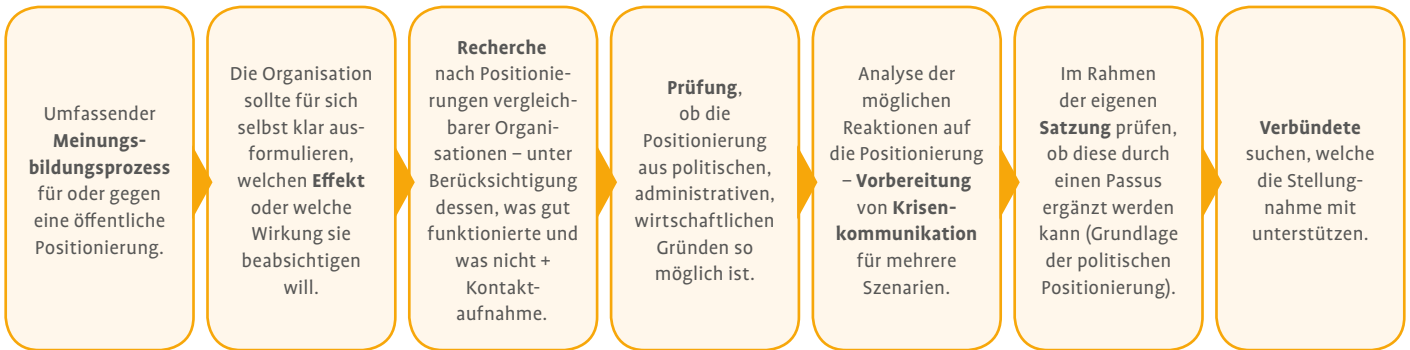
3. NACHBEREITUNG UND REFLEXION

Nach jeder öffentlichen Diskussionsveranstaltung, vor allem wenn diese politisch besonders brisant war, sollte eine Evaluation und Nachbesprechung mit dem Veranstaltungsteam stattfinden. Langfristig fließen so Erfahrungswerte in die eigene Strategiebildung ein. Hierbei können sowohl die Rückmeldungen aus dem Publikum, der Gäste, der Moderation als auch der OrganisatorInnen einfließen. Leitende Fragen sind:

- ▶ Wurde das Ziel der Veranstaltung erreicht?
- ▶ War die Atmosphäre sicher für alle Beteiligten, inklusiv und konstruktiv?
- ▶ Wurden provokante Wortbeiträge aufgedeckt und aufgefangen? Was fehlte?

5. ÖFFENTLICHE POSITIONIERUNG

Eine öffentliche Positionierung gegenüber demokratiefeindlichem Populismus ist eine Möglichkeit für NROs, aktiv Stellung zu beziehen und ihrerseits ein Signal zu senden. Mehrere Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen haben dies in den vergangenen Jahren erfolgreich getan.⁶ Um destruktive Positionierungsabläufe zu verhindern, finden Sie hier Hinweise zum Positionierungsprozess von NROs:



Auf den Plattformen, auf denen die Positionierung erfolgt ist, wäre ein Angebot zum Dialog, beispielsweise in Form einer Veranstaltung über den Grund der Positionierung, ein souveränes Vorgehen. Da nach der Positionierung mit Reaktionen zu rechnen ist, sollten Ressourcen für die Online-Moderation eingeplant werden. Eine Positionierung wird einen Diskussionsprozess einläuten, den die Organisation nicht unbetreut oder unbeachtet lassen darf. Auch gilt es, sich auf kommunikative „Worst-Case-Szenarien“ einzustellen, wie zum Beispiel koordinierte Shit-Storms. NROs berichten, wie wichtig Zeichen der Solidarität sind: Positioniert sich ein

„EINE POSITIONIERUNG IST NUR DANN EFFEKTIV ERFOLGT, WENN SIE AUCH ÖFFENTLICH KOMMUNIZIERT WURDE.“

Verein klar und erhält daraufhin starke Kritik und Angriffe, sollten andere Organisationen öffentlich hinter ihren Kollegen stehen und ihre Unterstützung nicht nur inoffiziell bekunden.



6. So bezog zum Beispiel ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen in Sachsen-Anhalt 2016 gemeinsam öffentlich Stellung für ein demokratisches Sachsen-Anhalt der Vielfalt und des gegenseitigen Respekts. Vgl.: Trägerlandschaft Sachsen-Anhalt (2016): Erklärung zivilgesellschaftlicher Träger – Für ein demokratisches Sachsen-Anhalt der Vielfalt und des gegenseitigen Respekts.

6. LEKTÜREEMPFEHLUNGEN



- ▶ Amadeu Antonio Stiftung (2016): „**Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD**“, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/afd-handreichung.pdf>
- ▶ Amadeu Antonio Stiftung (2017): „**Positionieren. Konfrontieren. Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD**“, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf>
- ▶ Amadeu Antonio Stiftung (2018): „**Was tun mit Rechtspopulisten auf Podien?**“ Belltower News, Netz für digitale für digitale Zivilgesellschaft, <https://www.belltower.news/service-was-tun-mit-rechtspopulisten-auf-podien-47328/>
- ▶ Bundesverband Mobile Beratung e.V. (2017): „**Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück. Empfehlungen zum Umgang mit populistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen.**“, http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2017/12/BMB_2017-Umgang-mit-rechtspopulistischen-Parteien.pdf
- ▶ Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus, Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) (2016): „**Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum**“, https://kirche-demokratie.de/media/download/37/broschuere_bagkr_rechtspopulismus_web.pdf
- ▶ Diakonie Deutschland (2018): „**Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie**“, <https://www.diakonie.de/pressemitteilungen/diakonie-veroeffentlicht-handreichung-zum-umgang-mit-rechtspopulismus/>
- ▶ Forum für Streitkultur (2017): „**Zehn Regeln für eine gute Debatte**“ von Romy Jaster und David Lanius, <https://forum-streitkultur.de/zehn-regeln-gute-debatte/>
- ▶ Friedrich-Ebert-Stiftung (2016): „**Rechtspopulismus durchschauen und Paroli bieten! Zusammenhänge verstehen und demokratisch handeln**“ von Katrin Matuschek & Sarah Morcos, https://www.fes-mup.de/files/mup/pdf/arbeitshilfen/MuP-Praxishilfe_Populismus_durchschauen_und_Paroli_bieten.pdf
- ▶ Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2018): „**Linksgrün-ver-sifft?**“ Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene“, https://www.boell.de/sites/default/files/umgang_rechtspopulismus_kommunal.pdf
- ▶ Kulturbüro Sachsen e.V., Courage - Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. (2018): „**Auch das noch?! Informationen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit an Schulen**“, https://www.vielfalt-mediathek.de/data/kulturbro_sachsen_auch_das_noch_vielfalt_mediathek.pdf
- ▶ Neue deutsche MedienmacherInnen (2018): „**Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen. Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland.**“, https://www.neuemedienmacher.de/Glossar_Webversion.pdf

ÜBER DIE AUTORINNEN

Die „Handreichung zur Förderung einer demokratischen Debatte – Umgang von Nichtregierungsorganisationen mit demokratiefeindlichem Populismus bei öffentlichen Veranstaltungen“ entstand in einer Zusammenarbeit von *Das Progressive Zentrum* und der *Amadeu Antonio Stiftung*. In einer Werkstatt mit ca. 25 VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Jugend, Bildung, Kunst, Antidiskriminierung, Religion, Gewerkschaft, Digitales und Forschung wurde in Arbeitsgruppen über bekannte Herausforderungen und mögliche Hilfestellungen gesprochen.

PROJEKTVERANTWORTLICHE



Paulina Fröhlich
Projektmanagerin
Das Progressive Zentrum

KONTAKT

paulina.froehlich@progressives-zentrum.org



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit Sitz in Berlin. Ziel der Organisation ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht *Das Progressive Zentrum* besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

IMPRESSUM

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2018

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

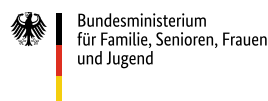
Vorstand: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Foto-Credits:
S. 1: Per Jacob Blut
S. 4: „arrows“ (CC BY 2.0) ©Dean Hochman
S. 11: ©Rawpixel, Unsplash.com

Grafikdesign & Layout: Daniel Menzel

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

WWW.COUNTERING-POPULISM.DE



IN KOOPERATION MIT

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR